



Dr. Birgit Malecha-Nissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

„Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften bedürfen unserem besonderen Schutz“

Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen informiert über neues Maßnahmenpaket aus dem Bundesfamilienministerium

Berlin, 16.12.2015

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

Zum vorgestellten Schutzkonzept von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig erklärt die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen:

„Die Menschen, die in diesen Tagen zu uns kommen, sind vor Krieg, Terror und Unterdrückung geflohen. Frauen und Kinder bedürfen dabei unserem besonderen Schutz. Oftmals tragen sie ein ganzes Paket aus Traumatisierung und Angst. Sie brauchen einen Schutzraum, in dem sie zur Ruhe kommen, sich sortieren und neue Kraft schöpfen können.

Die zahlreichen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer leisten hervorragende Arbeit. Es ist die Aufgabe der Politik, ihnen mit konkreten Maßnahmen zur Seite zu stehen. Neben einer personellen Aufstockung benötigen sie außerdem räumliche Verbesserungen sowie dringend mehr Informationen und Sensibilisierung für das Thema. Aus diesem Grund will Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig Städte und Kommunen dabei unterstützen, die Situation in den Einrichtungen zu verbessern.

Das Maßnahmenpaket von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig umfasst konkret drei Schritte:

Gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) soll ein Förderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro auf den Weg gebracht werden. Es soll vordergründig zum Umbau von Flüchtlingsunterkünften eingesetzt werden.

Des Weiteren ist eine vertiefte Kooperation mit dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF geplant. Die Vereinbarungen sehen vor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Aufnahmeeinrichtungen Fortbildungen in Fragen des Kinderschutzes erhalten.

Außerdem sollen die Folteropferzentren mit dem Schwerpunkt auf Gewalt gegen Frauen gestärkt werden. Dazu sollen zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden. Das Bundesfamilienministerium will hierfür vier Millionen Euro zur Verfügung stellen.“